

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft: 25 241.  
Für die Nachdrucke: 30 011.

Bezugs-Gebühr: monatlich in Dresden und anderen bei gemäßigter Zeitungsweltung 1,50 Mk., monatlich 1,20 Mk.  
Anzeigen-Preise: Die erste Zeile 100 Worte 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 12 Pf., die vierte 10 Pf., die fünfte 8 Pf., die sechste 7 Pf., die siebente 6 Pf., die achte 5 Pf., die neunte 4 Pf., die zehnte 3 Pf., die elfte 2 Pf., die zwölfte 1 Pf. 50 H.

Vertrieb und Hauptgeschäftsstelle:  
Wartenburgstr. 35-44.  
Zustell. u. Ber. an von Leipzig & Reichardt in Dresden.  
Verlagsges. Kom. 19 305 Verlag.

**Projektions-Apparate**

In allen Arten und Preislagen  
für Schule und Haus.

Carl Plaul = Dresden = Wallstr. 25.

**KIOS**

**CIGARETTEN**

Weinrestaurant & Kaffee

**CENTRAL-THEATER**

== Künstler-Konzert. ==

## Die Wirkungen der Ostseeblockade.

### Zahllegung der Rüstungsschiffahrt.

Königsberg, 23. Okt. Die Wirkungen der neuen Ostseeblockade machen sich, wie die „Danziger Zeitung“ meldet, für den Königsberger Handel fühlbar. Jeder Verkehr deutscher Schiffe an der Küste ruht. Der Betrieb der regelmäßigen Dampfschiffahrt nach Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin ist lahmgelegt. Besonders empfindlich wird die ostpreussische Kohlenversorgung betroffen. Die Einstellung des Betriebes des Elektrizitätswerkes droht in den nächsten Tagen. (W. I. B.)

Berlin, 23. Okt. Infolge der Ostseeblockade ist der Fischfang, der täglich mehrere tausend Zentner beträgt und damit wesentlich die knappe Ernährung Deutschlands verbessert hatte, völlig lahmgelegt. Tausende von Fischern sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Die Kartoffelversorgung von Mitteldeutschland, die vom Osten größtenteils auf dem Seewege erfolgte, kann durch die Sperre nicht stattfinden. Umgekehrt ist die Kohlenversorgung Litوانيens vom Meeres- und Binnenseen auf das Schiffsverkehr. Schon jetzt ist in Königsberg die Gasversorgung auf das Mindestmaß herabgesunken. Auf der anderen Seite erfahren wir, daß in Kopenhagen sieben englische Kreuzer für den Handelskrieg eingetauscht sind. Minderstens fünf deutsche Schiffe und zwei Zerstörer mit Kohlenlastern sind eingeschleppt und zahlreiche Schiffe werden vermisst. Der Nord-Ostsee-Kanal ist für die deutsche Schiffahrt völlig gesperrt.

Kiel, 23. Okt. Infolge der durch die Alliierten verhängten Sperre ruht der Schiffsverkehr auf dem westlichen Teile der Ostsee nahezu vollkommen. Nur wenige Schiffe unter neutraler Flagge halten die Verbindung mit den neutralen Häfen, insbesondere den skandinavischen Häfen, zurzeit noch aufrecht. In Kiel hat eine große Zahl deutscher Dampfer und Seinerer zu stehen. Auch im Nord-Ostsee-Kanal ist der Schiffsverkehr nahezu lahmgelegt. Die wenigen Schiffe, die ihn befahren, laufen unter neutraler oder fremder Flagge. Nicht fühlbar macht sich die Sperre dadurch, daß auch die Fischerei stillsteht zum Auslegen verurteilt ist und daher keinerlei Fänge mehr zu verzeichnen sind. In Kiel haben sich große Warenmengen angesammelt, die zur Verladung bestimmt waren. (W. I. B.)

### Ein bolschewistisches Friedensangebot an Judenisch.

Rotterdam, 23. Okt. Reuter meldet: Der Sowjet in Petersburg hat von Moskau aus einen Friedensvorschlag an die Armee des Generals Judenisch gelangen lassen. Der Angriff auf Petersburg erleidet durch das Friedensangebot keine Unterbrechung. Rüstungstruppen haben gestern die Umzingelung des Bezirks Petersburg im Norden vollendet. Auf Petersburg fallen außerdem die schweren Granaten der Ferngeschütze des Generals Judenisch.

Stockholm, 23. Okt. „Stockholms Dagblad“ verbreitet heute eine dramatische Depesche von Moskau, wonach der große Rüstungsstreik von ganz Sowjetrußland eine allgemeine soziale Revolution beschließen habe. Aufforderungen an die Sozialisten zur Teilnahme an der Regierung sollen schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Amsterdam, 23. Okt. Nach einer Radiomeldung englischer Blätter erklärte Troska, die Armee, die Petersburg verteidigt, hielt den ersten Schlag nicht aus. Petersburg sei wieder in Gefahr, es werde aber nicht fallen. Für seine Verteidigung würden sich im Lande genügend Kräfte finden. Judenisch hätte ein Kavallerievortrupp. Es seien Truppen unterwegs, um Petersburg zu helfen.

Die englischen Blätter vom 21. d. M. veröffentlichten einen Bericht des britischen Kriegsamtes, dem zufolge die russische Nordarmee eine Linie nördlich Kronaja Selo erreicht hat. General Judenisch befindet sich 8 Meilen vor Petersburg. Nach einem drahtlosen bolschewistischen Bericht vom 19. d. M. dauern die Kämpfe vor Salschina fort. Man kann daraus entnehmen, daß die Gegenoffensive gegen die Nordarmee zusammengebrochen und Ostchina endgültig in den Händen von Judenisch geblieben ist. Außerdem teilt das britische Kriegsamt noch mit, daß das 17. Korps von Kronstadt am Freitag die weiße Flagge gehißt habe. Einzelheiten seien noch nicht bekannt.

Amsterdam, 23. Okt. Das Pressebureau Radio berichtet: Die Associated Press meldet aus London, daß Petersburg sich im Aufstand befindet und daß, wie es lautet, die Gegenrevolution auf die Sowjettruppen an der Front hergegriffen hat. (W. I. B.)

### Zur Unteruchung der Schuldfrage.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Berlin, 23. Okt. Der dritte Untersuchungsausschuß über die Schuldfrage im Krieg, der die völkerrechtswidrigen militärischen Maßnahmen zu untersuchen hat, beginnt seine Verhandlungen in der ersten Novemberwoche. Vor diesem Ausschuß werden dem Vornamen nach, General Ludendorff und Staatssekretär des Reichsmarineamtes von Capelle zu erscheinen haben.

Die Berliner Entente-Kommissionen sind durch 11 deutsche Vertreter ergänzt worden. Diese haben, wie wir erfahren, die Aufgabe, Nachforschungen in der Frage der belgischen Deportationen vorzunehmen.

Der Brüsseler „Soir“ meldet, daß während der deutschen Okkupation 62 130 Belgier nach Deutschland deportiert worden sind. Nur diese Deportationen habe Deutschland fünf Milliarden Franken Schadenersatz zu leisten und die schuldigen Urheber an Belgien zur Aburteilung wegen Freiheitsberaubung auszuliefern.

### Die erste Zusammenkunft des Völkerbundes.

Amsterdam, 23. Okt. Wie die „Times“ aus Paris erzählt, hat der Oberste Rat Wilson um seine Ansicht über die durch ihn zu bestimmende Einberufung des Rates des Völkerbundes nach der Ratifikation des Vertrages durch den amerikanischen Senat befragt. Wilson hat geantwortet, daß er mit der Einberufung einverstanden sei. Darauf hat der Oberste Rat der amerikanischen Delegation einen Entwurf für die Einberufung des Rates des Völkerbundes durch Wilson überreicht. Der Text ist sofort nach Washington telegraphiert worden. Wenn der Präsident seine Zustimmung dazu gibt, so würden drei historische Ereignisse gleichzeitig eintreten, nämlich der Ausbruch der Ratifikation, das Inkrafttreten des Vertrages und die erste Zusammenkunft des Völkerbundes. (W. I. B.)

### Die Organisation des Völkerbundes.

Bern, 23. Okt. „Journal de Genève“ veröffentlicht Einzelheiten über die zukünftige Organisation des Völkerbundes. Das Sekretariat hat vollständig internationalen Charakter. Dem Sekretariat unterstehen etwa 10 Sektionen. 3 Sektionen sind mit der Bearbeitung der besonderen Aufgaben betraut, die der Friedensvertrag dem Völkerbunde zugewiesen hat. Die eine wird unter Leitung eines Amerikaners die Ausführung der Mandate über die deutschen Kolonien überwachen, eine andere wird sich mit einem Norweger an der Spitze mit der Verwaltung des Saargebietes, von Danzig, Fiume und Frazzino durch den Völkerbund betreffen. Die wirtschaftliche Sektion, der sehr wahrscheinlich eine Finanzkommission angegliedert wird, beschäftigt sich unter Leitung eines Engländer mit der Weltproduktion und ihrer Verteilung an die einzelnen Märkte. Die politische Sektion untersteht einem Franzosen. Sie hat die großen politischen Fragen zu studieren, die dem Völkerbund vorgelegt werden und ihre Erledigung durch das Komitee vorzubereiten. Die Sektion für Informationen untersteht gleichfalls einem Franzosen und soll die Verbindung zwischen dem Völkerbund und der öffentlichen Meinung der einzelnen Länder aufrechterhalten. (W. I. B.)

### Der Erfolg für den Finierzat.

Berlin, 23. Okt. Wie die Berliner Presse mitteilt, wird die Interpretations- und die Ausführungskommission für den Friedensvertrag von Versailles, von der in der gestrigen Sitzung des Finierzates gesprochen wurde, die Kommission sein, die den Finierzat in Zukunft erstellt und in der vorerst Amerika nicht vertreten sein wird.

Köln, 23. Okt. Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Rom: In der Flumensfrage hat der Rat der Alliierten alle italienischen Vorschläge abgelehnt. Die italienische Presse erregt sich in heftigen Angriffen gegen die Stellungnahme der Alliierten. Die Blockade Flumes ist nur zur See vollständig.

### Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen

Berlin, 23. Okt. Zum Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens, das gestern unterzeichnet wurde, erforderte ein Berliner Blatt:

Es wurde festgelegt, daß gegen eine Lieferung von 3 000 Tonnen Kohlen monatlich nach Polen von diesem an Deutschland zufließende 6 Millionen Zentner Kartoffeln für 16 Mk. pro Zentner ab Reichsgrenze geliefert werden, ferner etwa 70- bis 80 000 Tonnen Mineralöl und Lebensmittel-Produkte, 1 Million Eier Striktus und eine große Menge Gänse. Die Polen geben die Schiffahrt auf der Weichsel und allen Nebenflüssen frei. Auch die Regelung des Eisenbahnverkehrs Dirschau-Annendenschand wurde besprochen. Die endgültige Ausweisung der hierfür in Zukunft geltenden Verordnung wird demnach erfolgen. Voraussetzung für das Zustandekommen der obigen Abmachungen ist, daß die polnischen Verhandlungen bei denen sich bekanntlich eine große Zahl russischer Punkte ergeben haben, zu einem befriedigenden Abschluß gelangen. (W. I. B.)

Königsberg, 23. Okt. Laut Mitteilung der Eisenbahndirektion ist es infolge der Wiederherstellung des Durchgangsverkehrs mit Polen und der dadurch eintretenden Entlastung der preussischen Strecken möglich, voreerst den nördlichen D-Zugverkehr mit Berlin wieder aufzunehmen. (W. I. B.)

### Das Unheil der finanziellen Erzbergerei.

Je weiter im Ausbruch der Nationalversammlung die Beratungen über das Reichsnoteopfer vorrücken, ohne daß die Mehrheit Reklama zeigt, auf noch so wohlmeinogene gründliche Verbesserungsvorschläge, wie sie von der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gemacht worden sind, Rücksicht zu nehmen, desto mehr macht sich in allen von finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht beherrschten Kreisen des deutschen Volkes ein bestimmendes Gefühl der Unzufriedenheit geltend, das durch die Unabsehbarkeit der Folgen dieses wohlwollend angelegten Experimentes, dieser unerhörten Schröpfung des gesamten deutschen Vermögensbestandes hervorgerufen wird. Ganz besonders wird die allgemeine Stimmung durch die Frage beeinflusst, ob nicht am Ende das ganze Opfer umsonst gebracht werden muß, angesichts der drohenden Gefahr, daß die Entente zur Deckung ihrer Forderungen aus dem Friedensvertrage darauf bestehen wird, daß der Reichsbürgerrat bei sich zum Sprachrohr der deutschen Öffentlichkeit in dieser für unsere wirtschaftliche Zukunft nicht bloß bedeutsamen, sondern geradezu entscheidenden Angelegenheit gemacht und durch seinen Präsidenten an den Reichsfinanzminister Erzberger eine Eingabe gerichtet wird, in der eine öffentliche Erklärung zur Sache gefordert wird. Das Vorgehen des Reichsbürgerrates ist in hohem Grade denkenswert. Es ging einfach nicht an, daß ein so hochwichtiges Gegenstand des öffentlichen Interesses nach wie vor ungeklärt blieb, bis wir schließlich nach Verabschiedung der Vorlage über das Reichsnoteopfer eines schönen Tages erwacht wären und uns den Schlaf aus den Augen gerieben hätten bei der Kunde, daß die Entente sich in der Rolle des Gerichtsvollziehers gegenüber der deutschen Milliarden-Agenda gestellt. Die zukünftige Stelle mußte, bevor es so weit kommen konnte, unbedingt zu einer offenen Stellungnahme gezwungen werden, und das hat die Anfrage des Reichsbürgerrates beim Reichsfinanzminister bewirkt. Herr Erzberger konnte sich gegenüber der unabweislichen Frage: „Hat die Entente ein Zugriffsrecht auf den Ertrag des Reichsnoteopfers?“ nicht weiter in Schwärmen halten, sondern mußte mit der Sprache herausholen. Wie er das getan hat, ist freilich wieder ein Beweis für seine völlige Unfähigkeit, dem biblischen Worte zu gehorchen: „Gute Rede sei ja. Ja oder nein, nein.“ Maßlos Erzberger ist und bleibt eine molochische Natur; er hat etwas vom besten Teil an sich, der einem immer wieder aus den Fingern entgleitet, wenn man eben glaubt, ihn fest gepackt zu haben.

Getreu seiner Natur hat Herr Erzberger denn auch auf die Frage des Reichsbürgerrates nicht mit einer männlich offenen Auskunft im Sinne eines klaren Ja oder Nein geantwortet, sondern sich hinter ein „Wenn“ verschützt, sich auf Gutachten politischer und wirtschaftlicher Sachverständiger über die aus dem Friedensvertrage entstehenden Rechte der Entente berufen und sein moralisches Vertrauen auf die lokalen Behörden der Entente bekundet, um zuletzt mit einer klugen Wendung die Unterbrechung seiner Finanzmaßnahmen durch den Reichsbürgerrat zu fordern, da wir nur mit Hilfe der Erzbergerischen Finanzpolitik imstande sein würden, unseren Verpflichtungen gegenüber dem Verband nachzukommen und dadurch das Tamosselidwert des Zugriffes auf das Reichsnoteopfer am Herabfallen zu verhindern. „Wenn“ Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage erfüllt, dann, aber auch nur dann hat nach der Meinung Erzbergers die Entente kein Recht, ihre Hand auf das Reichsnoteopfer zu legen. Doch selbst diese bedingte Haftung seines Urteils kann Herr Erzberger nicht als völlig einwandfrei und schlechthin zuverlässig hinstellen, sondern er steht sich selbst, zuzugeben, daß „auf den ersten Blick“ einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages zu der entgegengelegten Auffassung führen könnten. Aus diesen „einzelnen Bestimmungen“ braucht man nur den Art. 248 herauszugreifen, um zu erkennen, daß es sich bei der mit dem Erzbergerischen Optimismus nicht übereinstimmenden Anschauung doch um etwas mehr als um eine Ansicht „auf den ersten Blick“ handelt. Der genannte Artikel besagt nämlich mit einer recht verbündigten Deutlichkeit und Bestimmtheit, daß „der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten an erster Stelle für die Begleichung der Kosten der Wiedergutmachungen und aller anderen Kosten haften, die sich aus dem gegenwärtigen Vertrag oder aus jeglichen ihn ergänzenden Verträgen und Abmachungen ergeben“.

Nach dem Wortlaut dieser Bestimmungen kann die Entente, wenn sie will, jeden Augenblick das Reichsnoteopfer genau so auf wie irgendeine andere Einnahmequelle des Reiches zur Befriedigung ihrer Forderungen in Anspruch nehmen und braucht nicht erst zu warten, bis wir mit unseren Zahlungen im Rückstande sind. Uebrigens hat die Entente ja auch durch die riesigen Kosten ihrer Kontrollkom-